

Wettbewerbskommission (Weko)

Kampf gegen Kartelle: Nun erhalten auch KMU eine Schutzorganisation

Die Grossen diktieren den Kleinen die Preise und Spielregeln, wie sich exemplarisch in der Garagistenbranche zeigt. Dagegen will die neue Stiftung KMU für Rechtsdurchsetzung ankämpfen.

Rita Flubacher

Garage Epper: In dem Business sind kleine Unternehmen oft von Grossen abhängig.

Wer hilft mir, wenn ich im Wirtschaftsleben benachteiligt werde? Wer macht allenfalls Dampf vor Gerichten, Behörden und in der Politik? Arbeitnehmerinnen vertrauen auf Gewerkschaften, Konsumenten melden sich bei ihren Stiftungen. Kleinere Pensionskassen, die an Generalversammlungen bei Abstimmungen kaum Gewicht haben, finden bei der Anlagestiftung Ethos eine Interessenvertretung mit Gewicht.

Jetzt sind die KMU an der Reihe. Ein ergiebiges Feld, wie Patrick Krauskopf ausgemacht hat. Der Anwalt mit seiner Kanzlei Agon Partners und Professor für Kartellrecht an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften war in früheren Jahren bei der Wettbewerbskommission (Weko) tätig gewesen. Dort hatte er unter anderem vertiefte Einsicht in die Marktverhältnisse auf dem Automarkt Schweiz gewonnen.

Prozesskosten sind kaum zu tragen

Seine Erkenntnisse fasst er so zusammen: «In einigen Märkten herrscht das David-gegen-Goliath-Phänomen.» Um bei der Autobranche zu bleiben: Über 5000 Garagisten stehen hierzulande 30 Importeure gegenüber, die mit weltweit tätigen Autokonzernen im Rücken über Macht und Einfluss verfügen, um ihre Anliegen konsequent durchzusetzen. «Die Garagisten sind demgegenüber meistens KMU mit wenigen Mitarbeitenden und bescheidenen finanziellen Mitteln», erklärt Krauskopf. Die Betriebe können sich oft keinen Prozess leisten, da die Kosten für einen Zivilprozess rasch im sechsstelligen Bereich zu liegen kommen. Diesem mangelnden Rechtsschutz will der Jurist zu Leibe rücken.

Gründer Patrick Krauskopf.

Nächste Woche wird die Stiftung KMU für Rechtsdurchsetzung (SKR) offiziell gegründet. Initiator und Stiftungspräsident Krauskopf hat fünf Politiker und Politikerinnen vom linken bis zum rechten Parteienspektrum für den Stiftungsrat gewonnen, darunter der Berner SP-Nationalrat Matthias Aebischer, die grüne Basler Nationalrätin Sibel Arslan und der Obwaldner CVP-Parlamentarier Erich Ettlin. Die Wirtschaft ist unter anderem mit Peter Odermatt, Chef der Obwaldner Muesli-Herstellerin Biofamilia, und mit Kenny Eichenberger, dem Gründer von Kenny's Auto-Center, vertreten. Mit Mark Schelker, Finanzprofessor an der Universität Freiburg, sitzt ein weiterer Ökonom im Stiftungsrat.

Die SKR hilft KMU bei «nicht selbst verschuldeter struktureller Abhängigkeit von marktdominierenden Akteuren», wie sie auf ihrer Website propagiert. Kenny Eichenberger erwartet von der Stiftung, «dass sie Kleingewerblern helfen kann, ihre Interessen gegenüber Händlern und Importeuren zu bündeln und ihre Rechte durchzusetzen.»

Pilotfälle sollen vor Gericht kommen

Wäre die Stiftung in den USA, würden wohl Sammelklagen eingereicht. In der Schweiz besteht dafür keine rechtliche Grundlage. «Also müssen sich die KMU anders organisieren, um einen Pilot-Fall vor Gericht zu bringen», skizziert Krauskopf die Alternative. Um möglichst viele ähnlich gelagerte Fälle zu finden, weist die Website der gemeinnützigen Stiftung einen sogenannten Fallmelder auf. «Werden Sie als KMU aus dem Markt gedrängt, oder haben Sie rechtliche Schwierigkeiten, die auch andere KMU in ihrer Branche betrifft? Egal welche Branche, schildern Sie uns Ihren Fall», lautet die Einladung an die KMU, ihren Fall auf der Website einzuspeisen.

Für Krauskopf ist das eine Pipeline, um an möglichst viele Informationen und Beispiele zum «David-gegen-Goliath-Phänomen» zu gelangen: «Mit diesen Informationen könnten dann Musterprozesse lanciert werden, um Antworten auf wichtige KMU-Fragen und deren unternehmerische Freiheiten im Wettbewerb zu erhalten.»

Keine gute Entwicklung für Konsumenten

Auch hier bietet das Garagengewerbe reichlich Anschauungsunterricht. Laut Krauskopf drängen Autohersteller und Importeure seit einiger Zeit unter dem Titel «Strukturvereinbarung» Händler aus dem Markt. Bereinigt werde der Markt, indem den Garagisten die Serviceverträge gekündigt würden. Oder man mache ihnen hohe Verkaufszahlen zur Auflage, verbunden mit kostspieligen Investitionen in neue Verkaufsräume. «Familien-KMU und Traditionsunternehmen gehen so zunehmend verloren, da sie sich gegenüber einem Importeur nicht zur Wehr setzen können», beschreibt Patrick Krauskopf die aktuelle Lage. Weit über 50 Prozent des Verkaufs- und Servicemarktes würden je nach Marke inzwischen von den Importeuren beziehungsweise von Garagen kontrolliert, die zum Konzern des jeweiligen Importeurs gehörten. Das sei für den Wettbewerb und die Konsumenten keine gute Entwicklung.

Prozesse seien für den einzelnen Garagisten kaum zu bezahlen. Als Beispiel erwähnt Krauskopf den Fall einer Luzerner Garage, die auch in den Medien für Aufmerksamkeit gesorgt hat.

Die Garage Epper erhielt 2016 vom Autoimporteur Emil Frey die Kündigung der Verkaufs- und Serviceverträge für die Marken Jaguar und Land Rover per Ende 2019. Garageninhaber Stefan Epper zog mit seinem Anwalt Krauskopf vor Gericht. In einer superprovisorischen Verfügung entschied das Kantonsgericht Luzern, dass die Garage während der Dauer des Verfahrens weiterhin Zugang zum IT-System des Werkstattnetzes von Emil Frey hat.

Laut Krauskopf sind der Garage Epper bis heute 250'000 Franken Prozesskosten entstanden. Die Hauptverhandlung könnte sich laut Krauskopf noch bis Ende Jahr hinziehen und weitere 50'000 bis 100'000 Franken kosten. Aufgrund des Entscheides über vorsorgliche Massnahmen, die der Garage Epper das Überleben als Markengarage erlaubt, ist Krauskopf über den Ausgang des Verfahrens derzeit eher zuversichtlich.

Bei wem landen die Verfahren?

Wer entscheidet, ob ein Prozess geführt werden soll? Laut Stiftungspräsident Krauskopf bringt die zweiköpfige Geschäftsleitung Vorschläge in den Stiftungsrat ein. Einer der beiden Geschäftsleiter arbeitet in der Anwaltskanzlei von Krauskopf. Landet da am Schluss nicht alles in den Büros von Agon Partners von Krauskopf? Der Anwalt widerspricht: «Dies geht schon aus Compliance-Gründen nicht. Im Übrigen entscheidet der Stiftungsrat, welche Massnahmen am zweckdienlichsten sind, um ein Anliegen voranzutreiben.»

Parallel zum Fall der Garage Epper vertritt Krauskopf laut einer Meldung in der «Luzerner Zeitung» ein Dutzend Garagen in ähnlichen Fällen in sechs Kantonen.

KMU sollen solidarische Beiträge spenden

Bleibt die Frage der Finanzierung von Musterprozessen: Krauskopf geht davon aus, dass die KMU und ihre Branchenverbände sich mit vergleichsweise kleinen solidarischen Beiträgen beteiligen. «Bei Fragen, welche für viele Garagen von Bedeutung sind, so zum Beispiel überzogene Standards, einseitige Verteilung von Rechten und Pflichten in den Händler- und Werkstattverträgen, werden sich zahlreiche KMU beteiligen. Dass die Garagen mitmachen werden, davon ist er überzeugt. «Ich stehe seit Jahren in Kontakt mit ihnen.»

Neben den Garagisten will die Stiftung auch die Techgiganten von Amazon bis Google ins Visier nehmen. Auch sie würden den KMU Preise und Spielregeln diktieren.

Weko hat Regeln «nicht durchgesetzt»

Bleibt die Frage, welche Rolle die Weko in diesem Kampf der Davids gegen die Goliaths spielt. «Die KFZ-Bekanntmachung der Weko ist gut, sie ist aber leider in wichtigen Fragen von der Kommission nicht durchgesetzt worden», kritisiert Krauskopf. Diese Bekanntmachung für Kraftfahrzeuge, die 2002 eingeführt wurde, enthält Regelungen, welche die Garagisten in ihren Rechten im Wettbewerb schützen sollen.

Der frühere Weko-Vizedirektor hätte sich den einen oder anderen Musterprozesse in KFZ-spezifischen Fragen der Wettbewerbskommission gewünscht. Krauskopf ist überzeugt, dass bei einer dezidierten Vorgehensweise die Notwendigkeit für politische Entscheide hinfällig gewesen wäre. Er denkt dabei unter anderem an die Motion Pfister, welche griffige Regeln zum Schutz der KMU-Garagen verlangt: «Wir hätten uns solche politischen Entscheide ersparen können», lautet das Fazit des Juristen.

Die Weko selber will sich auf Anfrage nicht zur Stiftung und zu ihren Aktivitäten äussern.